

Bernd Schröder:

Kürzungen der Mittel für den öffentlichen Nahverkehr lehnen wir ab

Zu den von der Bundesregierung geplanten Reduzierungen der Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Nahverkehr erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Schröder:

Die geplanten Kürzungen der Regionalisierungsmittel würden für Schleswig-Holstein ein Minus von bis zu 15 Prozent bei der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs bedeuten. Für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein mit weitgehend ländlicher Struktur und einem hohen Anteil von Pendlern ist das eine Katastrophe. Öffentlicher Personennahverkehr gehört zur Daseinsvorsorge, er stellt einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar und erfüllt die wichtige soziale Aufgabe der Mobilität. Es sei das Ziel, „die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs auf hohem Niveau zu halten“, heißt es im Berliner Koalitionsvertrag; wir fordern die Bundesregierung auf, sich daran auch zu halten.

Das Argument, Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln müssten nicht zu höheren Preisen führen, sondern könnten durch mehr Wettbewerb und mehr Effizienz aufgefangen werden, zieht für Schleswig-Holstein nicht. Denn gerade hier sind durch konsequente Wettbewerbspolitik schon fast 50 % des Regionalverkehrs an Privatunternehmen vergeben worden. Wenn wir keine Reduzierung der Fahrgastzahlen und keinen Rückgang des Regionalverkehrs riskieren wollen, gibt es kaum noch Einsparpotenziale. Wir können keine Kürzung der Mittel – die Rede ist von 100 Millionen Euro bis 2009 - verkraften. Dies würde neben höheren Preisen für die Kunden Abbestellungen von Verkehrsleistungen bis zur möglichen Betriebsaufgabe bei Bus- und Bahnun-

ternehmen bedeuten und ist nicht hinnehmbar. Die Planung von Schienenverkehrsangeboten ist ein langfristiges Geschäft, hier muss es auch für die Unternehmen Planungssicherheit geben.

Einer Vereinbarung über die Regionalisierungsmittel müssen die Länder zustimmen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass für den öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein auch weiterhin Regionalisierungsmittel in angemessener Höhe bereitgestellt werden, und im Bundesrat gegen Kürzungen zu stimmen.